

Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 19.09.2017, 19 – 21 Uhr

3. Treffen Vernetzungsforum Bildung

Teilnehmer: 23

Name	Vorname	Institution
Balletta	Felice	VHS Fürth
Bauer	Thomas	Pestalozzischule
Bauer-Hechler	Lydia	Bezirksrätin (Die Grünen)
Beissel	Johannes	Stadttheater Fürth
Buba, Dr.	Hanspeter	BASIS-Institut
Casu	Andreina	VHS Fürth
Kirchner	Carmen	Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung der Stadt Fürth
Kleefeld, Dr.	Frieder	Elternbeiratsvorsitzender
Laufkötter	Roswitha	Elisabeth-Krauß-Schule
Ludl	Tanja	BASIS-Institut
Maier	Charlotte	Dambacher Werkstätten
Maresch-Kern	Kora	Stadt Fürth (PSB)
Merker	Angelika	Beratungsstelle Inklusion
Nolte	Stephan	Halleman-Schule
Oguz	Yeliz	
Pöllmann-Koller	Ursula	Behinderten-Seelsorge
Rogge	Michael	Jakob-Wassermann-Schule
Rupprecht	Beate	Jugendamt Stadt Fürth
Schwarz-Jung	Birgit	Beratungsstelle Inklusion
Seger	Claudia	Landratsamt/Gesundheitsamt
Streck	Ingrid	Behindertenrat Fürth
Temmesfeld	Patrick	BBS Nürnberg
Wolf	Erhard	Staatliches Schulamt

Inhalt

1 Begrüßung durch Herr Dr. Buba	2
2 Einführung durch Herr Dr. Buba.....	2
3 Diskussion.....	3
4 Verabschiedung	8

1 Begrüßung durch Herr Dr. Buba

Herr Dr. Buba vom BASIS-Institut in Bamberg begrüßt zu Beginn der 3. Sitzung des Vernetzungsforums „Bildung“ alle Anwesenden recht herzlich und freut sich über das Erscheinen der Teilnehmer. Er bedankt sich bei der Lebenshilfe Fürth e.V., unter deren Trägerschaft das Projekt „Fürth Für Alle“ läuft und die die Vorbereitung zu den Vernetzungsforen, die technische Ausstattung und auch das heutige Catering geleistet hat. Nachdem er sich und sein Team kurz vorgestellt hat, bittet er alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich auch kurz mit ihrem Namen und, falls vorhanden, ihrer Position/Institution vorzustellen, um insbesondere neuen Teilnehmern den Einstieg in die Diskussion zu erleichtern.

2 Einführung durch Herr Dr. Buba

Herr Dr. Buba erklärt, dass in der heutigen Sitzung nochmal die Möglichkeit besteht, Maßnahmen umzuformulieren und weitere Ideen in die Diskussion einzubringen. Ein Textentwurf in ausgedruckter Version liegt allen Anwesenden vor, der nun besprochen wird. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die formulierten Maßnahmen gelegt werden. Bezogen auf die Struktur und den gesamten Bericht zum Aktionsplan Inklusion erläutert Herr Buba kurz, dass es zu jedem Vernetzungsforum ein eigenes Kapitel im Aktionsplan geben wird, das genauso aufgebaut ist, wie das vorliegende Kapitel zum Bereich Bildung.

Weiter berichtet Herr Buba, dass Frau Maresch-Kern und Frau Bauer-Hechler ihm vorab einige allgemeine Ergänzungen sowie Ergänzungen zur Elternbeteiligung und einige Zahlen zur Entwicklung der Schultypen übermittelt haben. Auch diese kommen in der heutigen Sitzung zur Sprache. Die Ergänzungen zum Bereich Schule liegen noch nicht vor, insofern ist dieser Berichtteil noch unvollständig. Anschließend leitet Herr Buba zur Diskussion des Textentwurfs und der Maßnahmen über.

3 Diskussion

Herr Wolf vom Schulamt meldet sich zunächst zu Wort und bietet an, einige Änderungen zum Bereich der Schule einzuarbeiten, die aktuell noch fehlen oder umformuliert werden müssen. Hierfür wird ihm eine Word-Datei des Protokolls zugesendet.

Frau Pöllmann-Koller möchte an dieser Stelle auf ihren Arbeitskreis „Integrative Kindertagesstätte“ hinweisen. Seit 20 Jahren qualifiziert ihre Initiative Erzieher, damit sie im Umgang mit beeinträchtigten Kindern geschult sind. Sie fordert eine Freistellung für Weiterbildungen im erzieherischen und pädagogischen Bereich, da dann viel mehr Angestellte diese Möglichkeit in Betracht ziehen. Für sie stellt dieser Punkt eine weitere wichtige Maßnahme dar, die sie gerne in den Aktionsplan im Bereich der frühkindlichen Bildung mitaufnehmen würde.

Im Anschluss an diese einführenden Wortmeldungen werden die **Maßnahmen des Bereichs frühkindliche Bildung** genauer besprochen.

Das wollen wir erreichen

Angesprochen wurde, dass bei Kindertagesstätten die Förderung stark im Vordergrund steht. Wichtig hierbei ist aber auch die Teilhabe des Kindes. Sinnvoll ist deshalb die Unterstützung zur Teilhabe sowie eine lebensweltliche Perspektive. Jedes Kind soll also die Unterstützung erfahren, die es zur Teilhabe (in der Gruppe mit anderen Kindern) braucht.

Frau Merker erläutert, dass Teilhabe auch ohne eine Diagnose möglich ist. Allerdings ist eine Diagnose notwendig, um das Kind optimal entsprechend seiner Fähigkeiten zu fördern. Sie betont, dass hier immer beide Seiten betrachtet werden müssen.

Frau Pöllmann-Koller erinnert daran, dass die Teilhabe ja auch ein Kernziel der UN-Konvention darstellt. Wohnortnahe Inklusion im Kindergarten könnte auch eine Vorstufe der inklusiven Schule sein.

Herr Wolf vom Schulamt fragt in die Runde, wie Kindertagesstätten bzgl. der Teilhabe verstanden werden können bzw. welche Rolle sie dabei spielen. Ist für deren Funktion und Ziel eine Diagnose notwendig? Frau Meier antwortet daraufhin, dass es auch immer wichtig ist, zu wissen, von welcher Diagnose gerade die Rede ist, sprich, ob diese von einem Arzt gestellt wurde oder seitens des pädagogischen Personals.

Stigmatisierung, welche durch die negative Wertung einer Diagnose entsteht, muss verhindert werden. Durchaus gibt es auch Grenzbereiche, in denen zwar eine Diagnose schwierig ist, Förderung aber trotzdem stattfinden kann und muss, so Frau Schwarz-Jung. Auch Herr Kleefeld hebt hervor, dass Inklusion Mut braucht und Vorbehalte weiter abgebaut werden müssen.

Herr Buba fasst die einzelnen Punkte nun nochmal zusammen:

- 1.) Eine Diagnose ist wichtig, um passgenaue Förderung zu ermöglichen
- 2.) Diagnose darf nicht überbetont sein, Stigmatisierung muss vermieden werden
- 3.) Eine Diagnose sollte keine Voraussetzung für eine Förderung sein, Förderung und Unterstützung der Teilhabe muss auch ohne Diagnose stattfinden
- 4.) Soziale Teilhabe ist essenziell

Herr Kleefeld weist außerdem darauf hin, dass Inklusion nicht nur in eine Richtung funktioniert. Das gegenseitige Lernen ist ein Grundsatz der Inklusion.

Dass die Eltern Wahlfreiheit bei der Kindertagesstätte oder der Schule ihrer Kinder haben, ist sehr wichtig. Frau Pöllmann-Koller verweist auch auf schulvorbereitende Einrichtungen (SVE), die dem einen oder anderen Kind zu gute kommen könnten. Diskutiert wurde auch noch die Textstelle bezüglich der Defizitorientierung entlang der Fördersysteme. Insbesondere Herr Wolf kritisiert, dass diese Formulierung zu negativ ist. Das Wort „Defizite“ könnte eher durch „Hilfebedarfe“ ersetzt werden. Herr Buba erläutert die Bedeutung der Textpassage: Angeregt werden soll ein Perspektivwechsel: Ähnlich wie bei älteren Menschen ist die Diskussion bei Fragen zur Behinderung, so auch die Frage nach der Diagnose und des Förderungsbedarfs, primär an Defiziten orientiert. Gestärkt werden soll dagegen die andere Perspektive, die Kompetenzen und individuelle Fähigkeiten sieht und damit bessere Grundlagen für Inklusion schafft.

Doch nicht immer ist eine Inklusion in die Regelschule sinnvoll und möglich. Herr Kleefeld möchte deshalb betonen, dass Förderzentren mit verschiedenen Förderschwerpunkten weiterhin sehr wichtig sind. Ergänzt werden muss deshalb an dieser Stelle noch deren Wichtigkeit sowie die Wahlmöglichkeit. Herr Temmesfeld sieht diesen Punkt als wesentlich an und findet, dass er deshalb an erster Stelle stehen müsste.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Das Beispiel der Inklusionskindergärten soll hier gestrichen werden, da Kinder besser in Kindertageseinrichtungen am Ort integriert werden sollten. Frau Pöllmann-Koller schlägt vor, die Bereitschaft zur Weiterqualifizierung im Beruf des Erziehers bereits in der Stellenbeschreibung zu verankern. Dies könnte im Rahmen einer neuen Maßnahme festgehalten werden.

1.1.3.1) Öffentlichkeitsarbeit – Information

Frau Kirchner, Behindertenbeauftragte der Stadt Fürth, stellt die Frage, ob es in Fürth genügend Kindergartenplätze gibt. Frau Rupprecht vom Jugendamt erläutert, dass zwar Plätze ausgebaut werden, es aber immer noch zu wenige sind. Eltern mit einem Kind mit Einschränkungen informieren sich über die Aufnahme in einem Kindergarten außerdem nicht primär beim Jugendamt, sondern gehen direkt in die Einrichtungen und fragen nach. Frau Rupprecht gibt an, dass das Jugendamt aber auch als Ansprechpartner für Erzieher dienen kann und häufig Aufklärungsarbeit leistet. Allerdings werden weiterhin mehr Räume und mehr Personal benötigt.

Laut Herr Nolte kann eine Beratung auch durch die SVEs oder die Frühförderstelle erfolgen. Diese vermitteln dann weiter in eine passende Einrichtung. Mit langen Wartezeiten ist dabei aber zu rechnen, da die Frühförderstellen nicht genügend Kapazitäten haben.

Frau Rupprecht ermutigt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zudem, nach der passenden Einrichtung weiterzusuchen, auch wenn sie bereits Absagen erhalten haben. Manchmal ist eine Aufnahme einfach nicht möglich, aber man darf sich dadurch nicht entmutigen lassen. Einrichtungen müssen auch zu den individuellen Bedürfnissen des Kindes passen.

Frau Pöllmann-Koller erzählt, dass sie im Rahmen ihrer Arbeit auch versucht, Erzieherinnen und Erziehern die Angst zu nehmen und sie im Umgang mit Kindern mit Behinderung zu unterstützen.

Da in der dritten Sitzung dieses Vernetzungsforums niemand von der Frühförderstelle oder von Kindertageseinrichtungen anwesend war, aber dafür viele Vertreter der Schule, entschieden sich die Teilnehmer, im Folgenden mit dem Bereich Schule weiter zu machen und den Bereich der frühkindlichen Bildung in einer vierten Sitzung fortzuführen.

Bereich Schule: Ausgangssituation

Herr Kleefeld fragt sich, warum es nicht an ALLEN Schulen Beratungslehrer gibt. Dies würde den Eltern so manches erleichtern, da es mit einem Kind mit Behinderung sehr schwer ist, die richtige Anlaufstelle zu finden.

Frau Schwarz-Jung merkt an, dass im Bereich der Schule nicht mehr von „Behinderung oder keiner Behinderung“ gesprochen wird und möchte, dass dies im Textentwurf durch „unterschiedliche Förderschwerpunkte“ ersetzt wird. Auch soll es eine heterogene und keine inklusive Bildungslandschaft geben. Sie erklärt außerdem, dass eine Einzelinklusion nur bei geistiger und körperlicher Behinderung sowie bei blinden oder gehörlosen Schülern möglich ist. Im Bereich Lernen, Sprache oder Verhalten kann eine Einzelinklusion bislang noch nicht stattfinden.

Das wollen wir erreichen

Herr Kleefeld kritisiert, dass Inklusion an weiterführenden Schulen bisher noch recht wenig stattfindet. Inklusionsideen sollen auch an Gymnasien, Realschulen und beruflichen Schulen verstärkt aufgegriffen werden. Herr Müller widerspricht Herr Kleefeld. Er beschreibt, dass seiner Erfahrung nach bzgl. der Inklusion an weiterführenden Schulen in den letzten 3-4 Jahren schon einiges passiert ist. Frau Maresch-Kern verweist auf die vorliegenden Zahlen: Im Schuljahr 2015/16 haben 10 Schüler im Rahmen einer Einzelinklusion ein Gymnasium oder eine Realschule in Fürth besucht.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre

Eine zusätzliche Fachkraft zur Lehrkraft wünscht sich auch der Stadtrat schon lange, aber diese Entscheidung obliegt der Stadt Fürth nicht. Frau Seger fordert, dass die Lehrer besser im Umgang mit Kindern mit Behinderung ausgebildet werden müssten, um ihnen die Ängste zu nehmen.

Frau Maresch-Kern erläutert, dass ein kommunaler Entwicklungsplan nötig wäre und man im Bereich der Schule wenig Einfluss hat. Mehr Einfluss hat die Stadt aber im Betreuungsbereich. Herr Buba erinnert daran, dass im Rahmen des Projekts „Fürth für Alle“ nicht nur Maßnahmen für die Stadt Fürth erarbeitet werden, sondern es auch andere Zuständigkeiten geben wird. Diese Maßnahmen sollten unbedingt miteinbezogen werden, sie haben allerdings Empfehlungscharakter.

Herr Kleefeld weist darauf hin, dass die Betreuung und die offene Ganztagschule hier noch gar nicht diskutiert wurde. Das Ganztagsbetreuungsangebot muss sich idealerweise nach dem Schlüssel der Förderschulen richten. Dieser Punkt müsste im Bereich der Bildung noch mit aufgenommen werden.

Des Weiteren wurde diskutiert, inwieweit Schulbegleiter eingesetzt werden. Diese dürfen laut Frau Meier auf keinen Fall durch eine zweite Lehrkraft ersetzt werden. Besser wären eigentlich zwei Lehrkräfte plus Schulbegleiter. Aus Kostengründen war dies bisher aber meist nicht möglich.

1.2.4.1) Ausbau von Partner- und Kooperationsklassen

Herr Wolf merkt an, dass auch noch Schulen mit dem Profil „Inklusion“ ausbaufähig sind. Zudem wären in Kooperationsklassen mehr Lehrkräfte mit sonderpädagogischem Studium wünschenswert. Dies ist aber schwierig umzusetzen, da es zu wenig Sonderpädagogen in Bayern und speziell in der Stadt Fürth gibt. Frau Bauer-Hechler schlägt vor, Lehrkräfte anderer Fachgebiete nachträglich für den Bereich der Sonderpädagogik zu qualifizieren. Frau Meier gibt zu bedenken, dass nicht unbedingt nur Lehrkräfte gefördert werden müssen. Viele Sozialpädagogen haben in ihrem Studium mehr pädagogische Inhalte als Lehrkräfte. Sinnvoll wäre es deshalb, vermehrt Sozialpädagogen einzusetzen. Auch müssten verstärkt Jugendsozialarbeiter an Schulen angestellt werden. Laut Herrn Kleefeld werden diese aber häufig durch Jugendpfleger ersetzt, da diese günstiger sind.

Wichtig bei dieser Maßnahme ist wieder die Wahlmöglichkeit zwischen Partner-, Kooperations- und Regelklasse. Der Ausbau von Partnerklassen erfolgt kontinuierlich bis zu einem gewissen Punkt. Das Modell der Kooperationsklassen gibt es in der Stadt Fürth bereits, das Angebot wird aber weiter ausgebaut.

1.1.4.2) Vermehrte Beratung und Aufklärung

Eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Regel- und Förderschulen ist hier eher zu befürworten als temporäre gemeinsame Projekte. Die Teilnehmer waren sich einig, dass der letzte Satz der Maßnahme gestrichen werden kann. Eltern sollen außerdem über die verschiedenen Seiten und Aspekte der Zusammenarbeit aufgeklärt werden und nicht über Vor- und Nachteile von Kooperations- oder Partnerklassen.

4 Verabschiedung

Im Anschluss an die Diskussion bedankt sich Herr Buba für die rege Teilnahme und erläutert das weitere Vorgehen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Homepage zur Verfügung gestellt.

Da in der dritten Sitzung nicht alle Maßnahmen zum Thema Bildung diskutiert werden konnten, wurde in Absprache mit allen Teilnehmern festgelegt, dass noch eine vierte Sitzung stattfinden wird. Als möglichen Termin wurde der 24. Oktober 2017 (17 Uhr) ins Auge gefasst. Eine Einladung mit konkreten Informationen (zum Ort der Veranstaltung) wird aber noch zeitnah an alle Teilnehmer und Interessenten geschickt. Änderungswünsche der Teilnehmer und Formulierungsvorschläge können außerdem vor der nächsten Sitzung bereits an das BASIS-Institut gesendet werden.

Herr Buba wünscht allen Anwesenden nun noch einen schönen Abend sowie einen guten Nachhauseweg und verabschiedet sich.

Für das Protokoll:

Tanja Ludl

Hanspeter Buba

BASIS-Institut